



Beschluss des gemeinsamen Bundesausschusses der Europa-Union und
der Jungen Europäischen Föderalisten vom 17.11.2018

Die Europawahl 2019 als Reformimpuls nutzen – Europa stärken, Europa machen

Die Europa-Union Deutschland und die Jungen Europäische Föderalisten Deutschland (JEF) begrüßen die Diskussion über die Zukunft Europas, die durch das Weißbuch der Kommission eingeleitet wurde. Die bemerkenswerten Reden von Kommissionspräsident Jean Claude Juncker und dem Präsidenten der Französischen Republik Emmanuel Macron enthalten viele interessante Ideen und konkrete Reformvorschläge. Die Europa-Union Deutschland und die JEF Deutschland erwarten, dass diesen Reformimpulsen Beschlüsse zur Weiterentwicklung der EU folgen werden und dass sich die Bundesregierung stärker als bisher in diesen Prozess einbringt. Die Politik des Abwartens und Durchwurstelns muss ein Ende haben.

Für die proeuropäischen Kräfte ist es höchste Zeit aufzustehen, um für das erfolgreiche Projekt Europa zu kämpfen. Hierfür gibt es viele gute Gründe. Die EU war und ist ein Garant für den Frieden und für das Wohlergehen ihrer Bürgerinnen und Bürger. Aber die Zuständigkeiten und Strukturen der Europäischen Union werden den bestehenden Herausforderungen und den Erwartungen in vielfacher Weise nicht gerecht und müssen reformiert werden.

Daher fordern die Europa-Union Deutschland und die JEF Deutschland:

Europa sichtbar machen!

- Die Kampagne für die Europawahl im Mai 2019 muss genutzt werden, um die Vorteile und die Notwendigkeit eines gemeinsamen Handelns in einem vereinten Europa deutlich zu machen. Sie bietet die Chance, über die Zukunft Europas zu diskutieren und notwendige Reformen voranzutreiben.
- Den Bürgerinnen und Bürgern muss die Möglichkeit gegeben werden, mit ihrer Stimme über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments und gleichzeitig über die Spitzenposition der EU zu entscheiden. Vor allem aber müssen die Bürger die Möglichkeit haben, mit ihrer Stimme zu entscheiden, welche Zukunft sie für die EU wollen.

- Die pro-europäischen politischen Parteien müssen den Bürgerinnen und Bürgern ihren gemeinsamen Willen zur Stärkung der EU zeigen und dies in ihren europäischen Programmen auch verdeutlichen. Dabei müssen sie politische Alternativen zur Überwindung der zentralen Herausforderungen Europas anbieten. Dadurch wird die Chance für die notwendige parteipolitische Mobilisierung jenseits der Frage für oder gegen Europa eröffnet.

Europa demokratischer machen!

- Die Parteien müssen ihre Kandidaten für den Präsidenten bzw. die Präsidentin der Europäischen Kommission als "Spitzenkandidaten" präsentieren und vor den Europawahlen über das Verfahren entscheiden, nach welchem einer oder eine der Spitzenkandidaten im Europäischen Parlament zum Kommissionspräsidenten gewählt werden soll.
- Bei künftigen Europawahlen muss zudem der europäische Charakter der Wahlen durch die Einführung länderübergreifender europäischer Listen gestärkt werden.
- Die Zahl der Kommissionsmitglieder sollte gemäß dem Vertrag von Lissabon verringert werden, um eine wirklich handlungsfähige Exekutive zu schaffen.

Europa sozialer machen!

- Die Europäische Säule sozialer Rechte sollte verbindlich von allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden.
- Auch die Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion kann zu einer stärkeren Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa beitragen. Hierfür ist ein europäisches Finanzministerium mit eigener Fiskalkapazität vonnöten.
- Alle Mitgliedstaaten sollen eine Arbeitslosenversicherung einführen; darüber hinaus soll eine europäische Arbeitslosenrückversicherung für in Schwierigkeiten geratene Mitgliedstaaten der Eurozone geschaffen werden. Dies soll nicht zu dauerhaften Transfers führen.

Europa stärker machen!

- Die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit muss im Rat zur allgemeinen Regel werden. Für besonders sensible Fragen könnte ein Schwellenwert von drei Vierteln oder mehr gelten, aber Einstimmigkeit sollte nur noch in sehr wenigen Ausnahmefällen erforderlich sein.
- Die im Dezember 2017 beschlossene Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) muss mit Leben gefüllt werden. In diesem Rahmen müssen Konzepte zur Schaffung

europäischer Streitkräfte entwickelt werden, die mit dem Europäischen Parlament und dem Rat abzustimmen sind.

- Die Kommission sollte verstärkt die Verantwortung für Katastrophenschutz, Krisenbewältigung und Hilfe bei internationalen Naturkatastrophen übernehmen.
- Weiterhin sollte sich die Europäische Union um einen gemeinsamen Sitz im UN-Sicherheitsrat bemühen, um mit einer starken Stimme sprechen zu können.

Darüber hinaus fordern die Europa-Union Deutschland und die JEF Deutschland Reformen in den folgenden Bereichen:

Dringend erforderlich ist eine kohärente Einwanderungs- und Asylpolitik auf europäischer Ebene. Dieses Konzept muss auf den Prinzipien Solidarität, gerechte Verteilung der Lasten und Achtung der Menschenrechte beruhen. Außerdem brauchen wir ein funktionsfähiges System zur Kontrolle der Außengrenzen der Union. Frontex sollte entsprechend weiterentwickelt werden und die Zuständigkeit für den europäischen Grenzschutz erhalten.

Für den Zeitraum 2021 – 2027 soll die Obergrenze des EU-Haushalts von 1,3 % des Bruttonationaleinkommens voll ausgeschöpft werden. Auf der Grundlage einer Vertragsänderung oder durch Aktivierung der allgemeinen ‚Passerelle-Klausel‘ sollte der Europäische Rat der EU das Recht einräumen, in begrenzten Bereichen wie Finanztransaktionen, Kohlendioxid oder Plastik Steuern zu erheben.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) muss in einen Europäischen Währungsfonds umgewandelt werden, der ohne die Beteiligung des Internationalen Währungsfonds im Rahmen seines Mandats zur finanziellen Stabilität der Eurozone beiträgt.

Ein substantielles Budget muss bereitgestellt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz durch Finanzierung neuer Investitionen in Innovation und Humankapital zu fördern. Die Vergabe europäischer Mittel sollte auch an die Einhaltung rechtstaatlicher Prinzipien gebunden werden.

Der Reformprozess

Die meisten der genannten Vorschläge können im Rahmen der bestehenden Verträge umgesetzt werden, einige erfordern jedoch eine Vertragsänderung. Die Europa-Union Deutschland und die JEF Deutschland fordern beides: Verbesserungen, die im Rahmen der bestehenden Verträge verwirklicht werden können, sollten unverzüglich umgesetzt werden. Für einige wesentliche Reformen sind jedoch Vertragsänderungen erforderlich, die von einem Konvent vorbereitet werden sollten. Wir fordern das im Juni 2019 neu gewählte Europäische Parlament auf, die Initiative zu ergreifen und eine ehrgeizige Verfassungsreform

einzuweisen. In den Prozess sollten Beiträge des Europäischen Parlaments, der Mitgliedstaaten, der Regionen, der lokalen Behörden und anderer Vertreter der Zivilgesellschaft und der Bürger einfließen.

Wenn nicht alle Regierungen oder Parlamente aller Mitgliedstaaten bereit sind, den qualitativen Schritt in Richtung eines föderalen Bundesstaats zu tun, sollten diejenigen, die dazu bereit sind, vorangehen. Unter klaren Bedingungen unterstützt die Europa-Union Deutschland die Schaffung unterschiedlicher Integrationsräume innerhalb der EU. Denn die zu Fortschritten bereiten Staaten können den Weg für die Union als Ganzes weisen. Dies bedeutet, dass diejenigen Mitgliedstaaten, die bereit sind, eine fiskalische, wirtschaftliche und politische Union zu gründen, bereit sein müssen, auch ohne die Zustimmung der anderen Partner über die geltenden Verträge hinauszugehen.

Die Europa-Union Deutschland und die JEF Deutschland sind bereit, den Reformprozess der Europäischen Union aktiv zu begleiten und aktiv zu seinem Gelingen beizutragen.